

Wann wenden wir die Streichung der Mitgliedschaft an?

Die Partei vereinigt in ihren Reihen fast 1,5 Millionen Arbeiter, werktätige Bauern, Angehörige der Intelligenz und anderer sozialer Schichten. Die Mehrheit der Mitgliedschaft ist sich der großen Ehre, Parteimitglied zu sein, bewußt und kennt die Verpflichtung, die ihm daraus entsteht. Diese Genossen sind zum Vorbild für alle Werktätigen der Republik geworden. Das trifft sowohl für die Tätigkeit in der Produktion, als auch für die gesellschaftliche Arbeit zu.

Die Partei genießt ein hohes Ansehen bei den Werktätigen, die unter ihrer Führung den Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik aufbauen. Als die lenkende und leitende Kraft der Gesellschaft übt sie eine große Anziehungskraft auf die Werktätigen aus. Täglich kommen neue Menschen in die Partei. Der größte Teil von ihnen sind Arbeiter, die hervorragende fachliche und gesellschaftliche Leistungen vollbringen. Sie sind würdig, den hohen Namen eines Mitglieds der Partei zu tragen. In den ersten Jahren des Bestehens der Partei kamen viele Menschen in die Partei, die nicht über die politischen Erfahrungen verfügen konnten, die heute bei denjenigen vorhanden sind, die in die Partei aufgenommen werden. Es gab unter diesen Menschen vielfach falsche Vorstellungen von der Mitgliedschaft in einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei. Vereinzelt wurden auch persönliche Interessen mit der Aufnahme in die Partei verknüpft. Dazu kam, daß es verhältnismäßig leicht war, in die Partei einzutreten, weil es damals noch keine Kandidatenzeit gab.

Durch die politisch-ideologische Erziehung in unserer Partei wurden solche falsche Vorstellungen über die Mitgliedschaft beseitigt und die Mehrzahl jener neuen Mitglieder entwickelte sich zu parteitreuen und ergebenen Genossen, die den immer höher werdenden Aufgaben gerecht wurden. Es gibt aber auch einzelne Menschen, die nach 1945 nur zufällig zur Partei gestoßen sind. Als sie jedoch spürten, daß es eine große Verpflichtung ist, Mitglied der SED zu sein und die Partei höhere Anforderungen an ihre Mitglieder stellte, zogen sich diese Menschen immer mehr zurück, bis sie schließlich keinerlei Beziehungen mehr zur Partei hatten. Bei der Mehrzahl von ihnen handelt es sich um nicht-proletarische Kräfte, die auf Grund ihrer kleinbürgerlichen Entwicklung und der früheren Lebensweise nicht in der Lage sind, das zu erfüllen, was die Partei von ihren Mitgliedern fordert. Ihr weiteres Verbleiben in der Partei würde nicht dazu beitragen, die Kampfkraft der Partei zu stärken. Daher beschloß das 29. Plenum des Zentralkomitees die Möglichkeit der Streichung der Parteimitgliedschaft bei solchen Personen.

In welchen Fällen ist dieser Beschluß anzuwenden?

In Dresden gab es z. B. das ehemalige Mitglied N. Dieser Mann glaubte, wenn er Mitglied der Partei ist, dann werde es mit seiner Gewerbe genehmigung schneller gehen. Nachdem er damals sein Geschäft eröffnet hatte und sah, daß seine materielle Lage gesichert war, wollte er nichts mehr von der Partei wissen. Er besuchte keine Versammlung und entrichtete auch keine Parteibeiträge mehr. Die Kreisleitung III in Dresden handelte richtig, indem sie die Streichung der Mitgliedschaft des N. beschloß. — Frau Sch. aus Meiningen kam 1945 zur Partei, weil sie glaubte, dadurch ihren Grundbesitz nicht zu verlieren. Nachdem sie aber i'erkte, daß in der Deutschen Demokratischen Republik ihr Eigentum nicht